

17455-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Planung Tragwerk - Erweiterungsneubau an der Grundschule Ensdorf
OJ S 7/2025 10/01/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Ensdorf

E-Mail: info@gemeinde-ensdorf.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planung Tragwerk - Erweiterungsneubau an der Grundschule Ensdorf

Beschreibung: Sämtliche Leistungen in der Tragwerksplanung gemäß Teil 4 Abschnitt 1 HOAI 2021, die erforderlich sind, um den Erweiterungsneubau an der Grundschule Ensdorf samt der Bauzustände für die verbleibenden Bauteile des Kellergeschosses des Bestandsgebäudes zu planen und auszuführen, sowie die ggfs. durch den Erweiterungsneubau statisch beeinflussten Bestandsbauteile zu untersuchen.

Kennung des Verfahrens: dd9888f7-9882-4173-bd01-6e4200afe21d

Interne Kennung: 25-05-001

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Ensdorf

Land, Gliederung (NUTS): Saarlouis (DEC04)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXVHYRRYTDWAU8QX Abgabe der Angebote: Das Angebot mit allen einzureichenden Unterlagen (bestehend aus dem Angebotsbogen (Anlage A1), allen darin genannten Belegen, Nachweisen, Dokumenten, Erklärungen u. ä., dem Honorarangebot anhand des Formulars (Anlage A10) sowie den in Absatz 5 der Infobroschüre erläuterten Unterlagen zu den Zuschlagskriterien) kann nur vollelektronisch in Textform gemäß § 126 b Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) über die Vergabepattform hochgeladen werden. Zunächst wird geprüft, ob die Angebote die Mindestanforderungen erfüllen und keine Ausschlussgründe vorliegen. Unvollständige

Angebote, die trotz eventueller Nachforderung innerhalb einer Frist weiterhin unvollständig bleiben, werden ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, bei weniger als 3 geeigneten Bietern das Verfahren ggf. auch mit weniger als 3 Bietern durchzuführen. Der Bauherr behält sich vor, im Rahmen der Angebotsprüfung eine Wettbewerbsregister-Abfrage durchzuführen. Angebote, die über die Bieterkommunikation der Vergabepattform, per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg eingehen oder persönlich abgegeben werden, werden ausgeschlossen. Angebote, die nach der festgelegten Frist eingehen, werden ausgeschlossen. Unterlagen und Angebote, die über die Bieterkommunikation der Vergabepattform, per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg eingehen oder persönlich abgegeben werden, werden ausgeschlossen. Für die Angebotsabgabe sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen und Formblätter zu verwenden und um die geforderten Angaben, Nachweise und Unterlagen zu ergänzen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Die Ausschlusskriterien können im Einzelnen der Wertungsmatrix entnommen werden. Dem Angebotsbogen kann entnommen werden, welche Nachweise und/oder Eigenerklärungen jeweils vom Einzelbieter/Federführender der Bietergemeinschaft, weiteren Mitgliedern der Bietergemeinschaft, Nachunternehmern vorzulegen sind. Es wird auf folgende Regelungen der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) verwiesen: § 57 VgV Ausschluss von Angeboten: Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote von Unternehmen, die die Eignungskriterien zu den §§ 44, 45 und 46 VgV nicht erfüllen. Verweis auf Eignungskriterien und dort genannte Mindestanforderungen. Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen. § 6 VgV Vermeidung von Interessenskonflikten: Gefordert wird eine Eigenerklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft, dass keine Personen im Zuständigkeitsbereich des Bieters/der Bietergemeinschaft tätig sind, die zum Ausschluss von Personen nach § 6 VgV führen. § 36 VgV Unteraufträge: Im Falle von Unterauftragnehmern dürfen gegen diese/diesen keine Ausschlussgründe vorliegen. § 43 VgV Rechtsform von Unternehmen und Bietergemeinschaften: Gefordert wird eine Eigenerklärung der Bietergemeinschaft über die Aufteilung der Leistungen auf die Mitglieder der Bietergemeinschaft, über die gesamtschuldnerische Haftung und zur Rechtsform der Bietergemeinschaft sowie eine Vollmachtserklärung für den Federführenden (Formblatt 234) und eine Eigenerklärung des Bieters über eventuelle wirtschaftliche Verknüpfungen des Bieters /der Bietergemeinschaft mit Unternehmen und über eine eventuelle auftragsbezogene Zusammenarbeit mit Anderen. § 47 VgV Eignungslleihe: Im Falle der Eignungslleihe hat das eignungsverleihende Unternehmen mit dem Angebot eine Verpflichtungserklärung zur Eignungslleihe sowie entsprechende Eignungsnachweise vorzulegen. Ein Bieter kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung). Im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung kann er die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. § 48 VgV Nichtvorliegen von Ausschlussgründen: Gefordert werden eine Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe nach § 123 GWB nicht vorliegen (bei Bietergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft), eine Eigenerklärung, dass aktuell keine Steuerschulden bestehen (bei

Bietergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft), eine Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe nach § 124 GWB nicht vorliegen (bei Bietergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft) und eine Eigenerklärung, ob eine Selbstreinigung nach § 125 GWB stattgefunden hat (bei Bietergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft, auf welche die Selbstreinigung zutrifft). Gefordert wird eine Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und fairen Löhnen für die Vergabe von öffentlichen Bau-, Liefer-, und Dienstleistungsaufträgen nach dem Saarländisches Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetz - STFLG (bei Bietergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft). Gefordert wird eine Eigenerklärung zu den Sanktionen der EU gegen Russland nach Verordnung (EU) 2022/576 (bei Bietergemeinschaften jeweils für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft).

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Insolvenz vergleichbares Verfahren sind zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§123 bis 126 GWB

Korruption: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung sind zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bildung krimineller Vereinigungen ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen sind ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen sind ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Betrugsbekämpfung: Betrug oder Subventionsbetrug ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Zahlungsunfähigkeit: Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen sind ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Insolvenz ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Interessenkonflikt ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung sind ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Schwere Verfehlungen sind ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen sind ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen sind ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Einstellung der beruflichen Tätigkeit ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Entrichtung von Steuern: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben sind ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Bildung terroristischer Vereinigungen ist ein zwingender bzw. fakultativer Ausschlussgrund gem. §§123 bis 126GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planung Tragwerk - Erweiterungsneubau an der Grundschule Ensdorf

Beschreibung: Aufgrund von stetig steigenden Schülerzahlen, des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung für Grundschul Kinder ab dem Jahr 2026 und des baulichen Zustandes der Bestandsgebäude besteht am Schulstandort der Grundschule Ensdorf akuter Handlungsbedarf. Der Schulstandort der Grundschule setzt sich aus mehreren Gebäuden zusammen: das Gebäude der Grundschule (ehemalige Mädchenschule von 1920) mit angegliederter Schulturnhalle, der sogenannte "Plattenbau" und "Zwischenbau" (ehemalige Erweiterte Realschule aus den 60er Jahren) und das Gebäude der FGTS (ehemalige Knabenschule). In den Anlagen der Ausschreibungsunterlagen ist ein Luftbild als Überblick über den Grundschulstandort beigefügt. Einzelheiten können der Infobroschüre und den Anlagen entnommen werden. Die Gebäude "Plattenbau" und "Zwischenbau" der Grundschule Ensdorf (Anlage B1) sollen abgerissen werden und durch einen Ersatzneubau am gleichen Standort ersetzt werden. Dem beiliegenden Raumprogramm können alle im Ersatzneubau unterzubringenden Räume entnommen werden. Nach der ersten Stufe des parallel laufenden Vergabeverfahrens für die Leistungen der Objektplanung Gebäude erhalten die Bieter, die zur Teilnahme am weiteren Verfahren aufgefordert werden, die Aufgabe, skizzenhafte Lösungsideen samt Kostenrahmen auf Grundlage des Raumprogramms zu entwickeln, wobei eine spätere Erweiterungsmöglichkeit um 3 Klassen (75 Kinder) berücksichtigt werden soll. Bei der Planung des Erweiterungsneubaus sind die Gemeinschaftsräume/-funktionen (u. a. Mensa, Küche, Sanitäreanlagen, Freianlagen) bereits entsprechend zu dimensionieren. Die im Umfeld von Grundschule und Freiwilliger Ganztagschule befindlichen Freiflächen müssen in Summe die Flächenvorgaben für Pausen-/Freizeithöfe erfüllen. Für den Ersatzneubau ist eine Zertifizierung nach den Kriterien der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) vorgesehen. Der gesamte Schulstandort wird wärmetechnisch derzeit über Fernwärme angedient. Die Heizzentrale befindet sich im Kellergeschoss des Plattenbaus und muss vor Abriss in den Bereich der Grundschule umgesiedelt werden. Diese Vorabmaßnahme ist im Rahmen des Neubauprojektes mit abzuwickeln. Die Planung und Herstellung von Ersatzunterkünften für die derzeit in Plattenbau und Zwischenbau befindlichen Nutzungen sowie kleinere Umbau- und Sanierungsarbeiten im Bestand sind jedoch nicht Gegenstand der hier ausgeschriebenen Planungs- und Überwachungsleistungen. Hinweise zum Umgang mit

dem Kellergeschoss des Bestandsgebäudes und zur Gründung des Erweiterungsneubaus können der beiliegenden Geotechnischen Stellungnahme (Anlage B8), dem Schadstoffgutachten (Anlage B9) sowie der beiliegenden Gutachterlichen Statischen Stellungnahme (Anlage B10) entnommen werden. Die statische Untersuchung der zu erhaltenden Bauteile des Kellergeschosses in den Bauzuständen gehört zum Leistungsumfang der Tragwerksplanung, ebenso wie die Untersuchung ggfs. durch den Erweiterungsneubau statisch beeinflusster Bestandsbauteile. Bauplanungsrechtlich betrachtet befindet sich das Plangebiet nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und ist nach § 34 BauGB als unbeplanter Innenbereich zu sehen. Dementsprechend ergeben sich nach Rücksprache mit der zuständigen bauaufsichtlichen Genehmigungsbehörde auch die Parameter für das Einfügen des Neubaus in den Bestand der näheren Umgebung. Die Untersuchung (Anlage B7), in der die energetische Sanierung und der Abriss + Neubau dieser beiden Gebäude in Bezug auf Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit gegenübergestellt wurde und die gutachterliche Statische Stellungnahme (Anlage B10) ersetzen nicht Leistungen oder Teilleistungen der Leistungsphasen gemäß § 51 HOAI 2021 bzw. gemäß teil 4 Abschnitt 1 HOAI 2021. Eine Besichtigung des derzeitigen Grundschulstandortes wird den ausgewählten Bietern empfohlen. Einzelheiten dazu können der Infobroschüre entnommen werden. Die Auftragserteilung erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung der entsprechenden Mittel im Haushalt der Gemeinde Ensdorf. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, welches unter Berücksichtigung der Zuschlagskriterien gemäß Wertungsmatrix (Anlage A9) insgesamt die höchste Punktzahl erreicht. Der vorgesehene Planungsvertrag inkl. Anlagen (Anlage A11) ist den Ausschreibungsunterlagen zu entnehmen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf einzelne Leistungsstufen, auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen oder auf einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken. Die Beauftragung der Planungsleistungen wird stufenweise erfolgen: Leistungsstufe 1: Leistungsphasen 1, 2 Leistungsstufe 2: Leistungsphase 3 Leistungsstufe 3: Leistungsphasen 4 Leistungsstufe 4: Leistungsphasen 5, 6 Die in den einzelnen Leistungsstufen bzw. Leistungsphasen jeweils zu erbringenden Teilleistungen können der Anlage "Spezifische Leistungspflichten" sowie dem Formular "Honorarangebot" entnommen werden, die Bestandteile der Ausschreibungsunterlagen sind. Zwischen den einzelnen Leistungsstufen können aufgrund von Prüfungen und erforderlichen Freigaben Pausen entstehen. Die Leistungsphasen 1 und 2 sind spätestens 3 Monate nach Auftragserteilung abzuschließen. Die Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) soll im Anschluss an die Freigabe der Vorplanung innerhalb von 3 Monaten abgeschlossen sein. Die weitere Terminalschiene wird in Abstimmung zwischen Auftraggeber und Planungsteam zeitnah nach Beauftragung entwickelt. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss mit der Erbringung der Leistungsstufe 1. Der Auftraggeber beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme weitere Leistungen einzeln oder im Ganzen abzurufen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung weiterer Leistungsstufen besteht nicht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie ihm überträgt. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten. Der Zuschlag wird elektronisch in Textform
Interne Kennung: 25-05-001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Ensdorf

Land, Gliederung (NUTS): Saarlouis (DEC04)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Dieser Auftrag kann verlängert werden in Abhängigkeit zum jeweils aktuellen Terminplan. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Ausführung geänderter oder zusätzlicher Planungsleistungen zu verlangen, soweit diese der Umsetzung des Bauvorhabens dienlich sind, es sei denn, der Auftragnehmer ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Zusätzliche Informationen: Zur Umsetzung des Projektes sollen Fördermittel aus dem aktuellen Schulbauprogramm des Saarlandes BAUSTEIN "Bauliche Aufwertung und Umrüstung für Schulen in Technik, Effizienz, Innovation und Nachhaltigkeit" herangezogen werden. Einzelheiten hierzu können den Anlagen der Ausschreibungsunterlagen entnommen werden. Weitere Informationen findet man unter folgendem Link: <https://www.saarland.de/mibs/DE/portale/kommunales/informatio-nen/schulbauprogrammbaustein>. Aus dieser Förderkulisse heraus ergeben sich energie- und bautechnische Standards für das Projekt, die in allen Planungs- und Umsetzungsphasen einzuhalten sind (KfW-Standard 40, Begleitung durch entsprechende Fachplaner etc.). Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Verweis auf § 75 Abs. 2 in Verbindung mit § 44 Abs. 1 VgV. Nachunternehmer, Eignungsleihe: Die Leistungsteile, die durch einen Nachunternehmer erbracht werden sollen, sind zu benennen. Wenn der Nachunternehmer bereits feststeht, ist er zu benennen. Im Falle einer Eignungsleihe sind vom Eignungsleihenden auch alle geforderten Eigenerklärungen abzugeben. Gemäß § 47 VgV kann ein Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung). Im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung kann er die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Mehrfachangebote: Mehrfachangebote für den zu vergebenden Auftrag Leistungen der Tragwerksplanung sind nicht zulässig. Mehrfachangebote im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung einzelner Bieter oder einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft können zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen, wenn dem Bieter, der Bietergemeinschaft oder den betroffenen konkurrierenden Mitgliedsunternehmen oder Bietergemeinschaften der Nachweis, dass die fraglichen Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden, nicht gelingt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 45 VgV Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Angebote, die eine oder mehrere Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen) Erklärung über eine Berufshaftpflichtversicherung in geeigneter Höhe (2 Millionen EUR für Personenschäden und 2 Millionen EUR für sonstige Schäden; bei einer aktuell niedrigeren Höhe kann auch eine Bescheinigung der Versicherung vorgelegt werden, in der bestätigt wird, dass bei einer Beauftragung die Versicherungssumme auf die vorgegebene Mindesthöhe angepasst wird / angepasst werden kann.) Hinweis: Bei Unterdeckung und Nichtvorlage einer Versicherungsbescheinigung erfolgt zwingend der Ausschluss des Angebotes. Gefordert wird ein Mindestumsatz von 150.000 EUR netto für Planungsleistungen gemäß Teil 4 Abschnitt 1 HOAI 2021 "Tragwerksplanung", Leistungsphasen 1 bis 6, pro Jahr in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 44 VgV Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung Beschreibung: Gefordert wird ein Fremdnachweis zur Berechtigung der Führung der Berufsbezeichnung "Ingenieur", ein Fremdnachweis über den Eintrag in die Liste der Tragwerksplaner und ein Nachweis der Eintragung in ein Berufs- und/oder Handelsregister oder ein vergleichbares Register (nicht älter als 6 Monate) jeweils von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: § 46 VgV Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Angebote, die eine oder mehrere Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen) Beschreibung: Gefordert wird bezüglich der personellen Kapazitäten: Mindestens 2 festangestellte Bauingenieure einschließlich Büroinhaber im Bereich "Tragwerksplanung", jeweils in den 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren und im Jahr 2025 zum Zeitpunkt der Einreichung des Angebotes. Außerdem muss der/die ProjektleiterIn über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in der Tragwerksplanung und über folgenden Berufsabschluss verfügen: Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor oder Master jeweils der Fachrichtung des Bauingenieurwesens vergleichbar. Der/die stellvertretende ProjektleiterIn muss über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren in der Tragwerksplanung und über folgenden Berufsabschluss verfügen: Dipl.-Ing. TH/TU/FH oder Bachelor oder Master jeweils der Fachrichtung des Bauingenieurwesens vergleichbar. Gefordert wird eine Eigenerklärung über die technische Ausstattung (CAD-Software, Berechnungssoftware). Die Bieter weisen ihre technische und berufliche Leistungsfähigkeit anhand der geforderten Referenzen nach. Inhaltlich vergleichbar sind Referenzen der Leistungen der Tragwerksplanung mit vergleichbarem Inhalt und Umfang in der Aufgabenstellung. § 46 VgV Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Mindestanforderungen an die Referenzen (Angebote, die eine oder mehrere

Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen). Beschreibung: Bei allen Referenzprojekten handelt es sich um Neubauprojekte und/oder komplette Neubauten zur Erweiterung bestehender Gebäude. Mindestens zwei Referenzprojekte im Hochbau (ohne Gewerbe/Industrie/Landwirtschaft und ohne Infrastruktur gemäß Anlage 14.2 HOAI 2021) mit vergleichbaren Anforderungen an die Tragwerksplanung, insbesondere Neubau oder ein kompletter Neubau zur Erweiterung eines bestehenden Gebäudes (der Neubauteil erfüllt allein die Mindestanforderungen) mit Baukosten (KG 300 + 400) von mindestens 2.500.000 Euro brutto und einer Bruttogrundfläche von mindestens 1.000 m², bei denen die Lph. 2 - 5 vollständig vom Bieter im Leistungszeitraum vom 01.01.2015 bis zum 30.09.2024 erbracht wurden und die Leistungen der Tragwerksplanung mindestens der Honorarzone II zuzuordnen sind. Es sollten höchstens 5 Referenzen eingereicht werden. Für alle wertbaren Referenzprojekte sind die Leistungen der Tragwerksplanung mindestens der Honorarzone II gemäß § 52 HOAI 2021 zuzuordnen. Für alle wertbaren Referenzprojekte müssen jeweils mindestens die Leistungsphasen 2, 3, 4 und 5 vom Bieter vollständig (d. h. jeweils mit Bearbeitungsbeginn und -ende) im Leistungszeitraum 01.01.2015 bis 30.09.2024 erbracht worden sein. Mindestens eines der zuvor beschriebenen, zu wertenden Referenzprojekte muss für einen öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 GWB oder gleichwertig unter Anwendung von GWB, VgV, VOB/A und VOB/B ausgeführt worden sein. Referenzen, welche die Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden nicht gewertet. Es sind mindestens 2 Referenzprojekte vorzulegen, welches jedes für sich die vorgenannten Mindestanforderungen erfüllt. Werden weniger als 2 Referenzen vorgelegt, welche die vorgenannten Mindestanforderungen erfüllen, wird das Angebot ausgeschlossen. Die Angaben zu den Referenzprojekten sind im Angebotsbogen einzutragen. Zusätzlich sind die Referenzprojekte jeweils auf einem beizufügenden Projektdatenblatt (1 Blatt DIN A3 oder 2 Blatt DIN A4) grafisch und maßlich darzustellen und textlich zu erläutern. Die vorgelegten Referenzprojekte müssen vollständig im Unternehmen des/der Bieter bearbeitet worden sein. Eine Referenz wird auch dann gewertet, wenn der verantwortliche Projektleiter die Leistung in einem anderen Unternehmen erbracht hat. Bei Bietergemeinschaften aus mehreren Unternehmen gelten die Angaben und die Referenzen in Summe für die Bietergemeinschaft.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 31/01/2025 23:59:00 (UTC+01:00)

Mitteeuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYRRYTDWAU8QX/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYRRYTDWAU8QX>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYRRYTDWAU8QX>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 11/02/2025 10:30:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 111 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen ist gemäß § 56 Abs. 3 VgV ausgeschlossen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 11/02/2025 10:30:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bietergemeinschaft hat die Aufgabenteilung plausibel darzulegen sowie die gesamtschuldnerische Haftung der einzelnen Mitglieder der Bietergemeinschaft nachzuweisen. Außerdem sind der bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft sowie die Rechtsform der Bietergemeinschaft zu benennen. Sämtliche Belege, Nachweise und Anlagen zum Angebot sind jeweils von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft formgerecht vorzulegen.

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer

Informationen über die Überprüfungsfristen: Vorgaben und Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen gemäß §160 Abs. 3 GWB. Der Antrag ist unzulässig soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Zentrale Vergabestelle im Landkreis Saarlouis

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Zentrale Vergabestelle im Landkreis Saarlouis

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Zentrale Vergabestelle im Landkreis Saarlouis
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Ensdorf
Registrierungsnummer: 10044123-5060000001-61
Postanschrift: Provinzialstr. 101a
Stadt: Ensdorf
Postleitzahl: 66806
Land, Gliederung (NUTS): Saarlouis (DEC04)
Land: Deutschland
E-Mail: info@gemeinde-ensdorf.de
Telefon: +49 68315040

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Zentrale Vergabestelle im Landkreis Saarlouis
Registrierungsnummer: 10044000-9030000001-85
Postanschrift: Kaiser-Wilhelm-Str. 10
Stadt: Saarlouis
Postleitzahl: 66740
Land, Gliederung (NUTS): Saarlouis (DEC04)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle
E-Mail: zvs@kreis-saarlouis.de
Telefon: +49 6831444910310

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer
Registrierungsnummer: 10000000-00108010000001-47
Postanschrift: Franz-Josef-Röder-Str. 17
Stadt: Saarbrücken
Postleitzahl: 66119
Land, Gliederung (NUTS): Regionalverband Saarbrücken (DEC01)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wirtschaft.saarland.de
Telefon: +49 6815014994

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5d581afb-dc70-4717-831c-82c9bd608ab0 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/01/2025 11:11:54 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 17455-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 7/2025

Datum der Veröffentlichung: 10/01/2025